

FORUM

Leserecho & Pressestimmen

TIEFE AN DIE REDAKTION

Schutz ist sinnvoll

Thyssen-Krupp gliedert den Stahl aus. Die Stahlkochenbranche ist seit Jahren von Überproduktion und Dumpingpreisen gekennzeichnet. Es ist sinnvoll, einen Weg zu finden, um deutsche Arbeitsplätze zu sichern. Aber alle, die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie fordern, sollten mal nachschauen, wie bei der Übernahme durch deutsche Firmen mit den Arbeitsplätzen im Ausland umgegangen wird.

Norbert Falkenhain,
Gelsenkirchen

Auf der Strecke

Thyssen-Krupp gliedert den Stahl aus. Auch ohne seine Fähigkeit lässt sich feststellen, dass die Krupp'sche Unternehmenseinkultur endgültig auf der Strecke bleibt. Arbeitnehmer sind noch Verhandlungsasse, es zählt allein der Profit. Fusionen werden ähnlich wie bei der Bad Bank ausgegliedert, dazu kommt, dass Amsterdam's Site des Joint Ventures "ausseren" wurde. So glaubt doch wohl niemand, dass sich der Konzern mittelfristig nicht aus dem Stahlgeschäft zurückzieht. Angefangen hat der Niedergang vor Jahren mit dem Export des Knowhows in alle Welt.

Peter Wilhelm Mülheim

Verbindung beendet

Thyssen-Krupp gliedert den Stahl aus. Von 1977 bis 1982 gab es bereits eine Fusion zwischen der niederländischen Irma Hoogovens mit dem Stahlwerk in IJmuiden, heute ist die Hoesch in Dortmund. Die fusionierten Stahlunternehmen firmieren als "Hoesch-Elektrometall". Die Verbindung wurde von Detlef Karsten Kiewedder beendet.

Rainer K. Jermann, Elschum

Höhere Belastung

Mehr Lehrer für Grundschulen. Der Lehrermangel an Grundschulen hängt vielleicht auch damit zusammen, dass Grundschullehrer deutlich weniger Gehälter verdienen, eine höhere psychische Belastung haben und gesellschaftlich weniger Anerkennung gegenüber Lehrern der Sekundarstufe I oder II erfahren.

Patricia von Roznowski,
Hagen

Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an meinungsforum@waz.de

Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

ONLINE-UMFRAGE

Hurrikans, Erdbeben und Überschwemmungen: In Mittelamerika toben die Naturgewalten. Haben Sie Angst vor großen Naturkatastrophen?

Ja, denn die Extremsituation haben sich in den letzten Jahren. 3 %

Nein, denn in Deutschland treten solche Katastrophen selten auf. 17 %

Ich mache mir darüber keine Gedanken. 37 %

3706 abgegebene Stimmen, nicht repräsentativ



Generation Raute

Junge Menschen kennen keinen anderen Kanzler als Angela Merkel. Sie dürfen am Sonntag erstmals wählen. Was erwarten sie von der Politik?

Von Elena Boroda

Essen. Die „Generation Raute“, das sind: Filip Fischer aus Mülheim, Greta Prinz und Lara Büning, beide aus Essen. Sie gehören zu den mehr als drei Millionen Erstwählern, die keinen anderen Bundeskanzler als Angela Merkel bewusst erlebt haben. Als der heute 20-jährige Filip Fischer acht Jahre alt war, wurde Merkel Kanzlerin. Damals half der heutige Vorsitzende des Mülheimer Jugendstadtrats seiner Mutter bei Arbeitsamt-Terminen. „Ich übersetzte meiner Mutter, dass sie sich arbeitssuchend oder arbeitslos melden kann“, erinnert sich Fischer. Die Eltern des Mülheimers sind gehörlos und Fischer ihre Verbindung in die Welt.

Vielseitiges Engagement

„Es ist ein Riesen-Spaß, sich für andere einzusetzen“, sagt der fast zwei stämmige Meter hohe Fischer. Er will etwas machen, was erreichen – für sich und andere. Mit 12 oder 13 Jahren, so genau weiß der 20-Jährige es nicht mehr, leitete er erste Jugend-Gruppen. Dann ging er zu den Jusos, engagierte sich im Stadtjugendring und bei den Pfadfindern.

Ob er mal beruflich Politik machen will, weiß Fischer noch nicht. Erstmal steht das Studium der Sozialen Arbeit an. Jugend-Themen kämen bei der Wahl kaum vor, meint er. Merkel habe „zwölf Jahre lang nicht viel falsch gemacht“. Die Kanzlerin lasse aber die Debatte über Mini-Jobs oder Altersarmut nie aufflammen. „Deutschland ist im Dornröschenschlaf“, sagt der 20-Jährige.

Fischer ist eine Ausnahme. Mehr Jugendliche bezeichneten sich als „politisch interessiert“ als noch 2002, aber ihr Engagement gilt nicht den etablierten Parteien. Das zeigt die 2015 veröffentlichte Shell Jugendstudie. Wer sich politisch betätigt, tut dies zumeist in Bürger-



initiativen oder Umweltgruppen.

Der Klimawandel ist ihr Thema – und das seit der sechsten Klasse. Die 19-jährige Lara Büning beteiligt sich seitdem am „Klimarat“ an ihrer Schule, der Gesamtschule Holsterhausen in Essen, plant in dieser Gruppe Klimaschutz-Projekte. Büning spricht schnell und ohne Umschweife. Sie moderiert und organisiert an ihrer Schule auch die „Klimakonferenz“: eine alljährliche Informationsveranstaltung für Schüler und Lehrer.

Und auch abseits des Schullalltags ist Büning zeitlich eingespannt. „Bei mir ist jede halbe Stunde durchgeplant“, sagt sie. „Ich gebe Nachhilfe, jobbe ab und zu und helfe meiner Großtante im Haus-“

halt.“ Nach dem Abitur im kommenden Jahr geht sie als Au-Pair nach London. Vor einem Monat ist Büning der V-Partei beigetreten. „Die vertritt genau meine Werte“, sagt sie über die 2016 gegründete Kleinpartei für Tierrechte und Umweltschutz. Seit ihrem achten Lebensjahr ist die Essenerin Vegetarierin. Büning sagt: „Was sie macht, macht Merkel mit gutem Gewissen.“ Jugendthemen kämen in der Politik aber zu kurz. „Als Jugendliche fühlt man sich sowieso verdrängt.“

Zu wenige Jugendthemen

69 Prozent der 12- bis 25-Jährigen sind davon überzeugt, dass Politiker sich nicht darum kümmern, was junge Menschen denken. Auch das ergab die Shell Jugendstudie. Das Durchschnittsalter in den großen Parteien liegt bei 60 Jahren. Und Jugend-Themen kommen in den Wahlprogrammen der Parteien oft zu kurz. Mehr als 55 Prozent der Wähler sind über 50.

Greta Prinz gehört keiner Partei an. Einige Male hat sie sich an Treffen der Grünen beteiligt. „Partei-

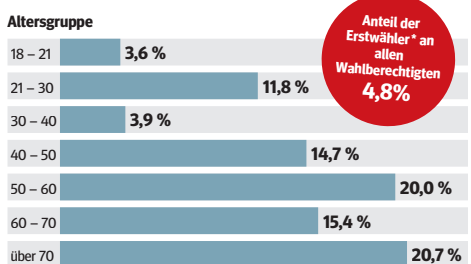
arbeit ist momentan nicht 100 prozentig mein, aber es war spannend zu sehen, mit welchen Themen die sich beschäftigen“, sagt die Gesamtschülerin. Sie spricht mit Bedacht. Seit der vierten Klasse ist Prinz kein Fleisch mehr und lebt seit ihrem 13. Lebensjahr als Veganerin. Vor einigen Jahren habe sie sich die Frage gestellt, wie Deutschland ohne Merkel aussehen könnte. „Damals dachte ich mir: Die macht das gut. Die soll bleiben. Jetzt denke ich: Neuer Schwung ist auch mal gut.“

Dass es jetzt einen neuen Kanzler geben wird, daran glaubt sie nicht. „Deutsche gehen auf Nummer sicher“, hat Prinz beobachtet. Wen sie wählt, lässt sich die Schülerin, die im kommenden Jahr ihr Abitur ablegt und danach Psychologie oder „was Soziales“ studieren möchte, noch offen. Prinz hat Bedenken, dass sie ihre Stimme „verschenken“ könnte, wenn sie ihr Kreuz bei einer kleinen Partei setzt.

Das erwarten sie von der Politik (v.l.): Filip Fischer will mehr Jugendliche in der Politik, Lara Büning das Ende der Massenterhaltung und Greta Prinz, dass Politiker Minderheit berücksichtigen. FOTOS: HARTMANN/HEIDRICH/ROTTMANN

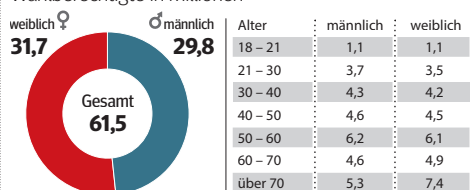


Wahlberechtigte zur Bundestagswahl 2017 nach Alter und Geschlecht



FUNKGRAFIK: NRW: BERTHELMANN

Wahlberechtigte in Millionen



Wahlberechtigte und Erstwähler in NRW (in Millionen)



*Geborene im Zeitraum 23.09.1995 – 24.09.1999 mit deutscher Staatsangehörigkeit

QUELLE: BUNDESWAHLEITER, IT.NRW

Umsetzung von G9 bleibt vorerst strittig

Ministerin lädt zu Gesprächsrunden ein

Düsseldorf. Bei der konkreten Umsetzung der geplanten Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) in NRW zeichnen sich unerwartete Konflikte ab. In vertraulichen Gesprächsrunden, zu denen Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) nach Informationen unserer Redaktion bei uns in dieser Woche Kontakt aufnahm, werden Kommunen und Interessenverbände nach Düsseldorf eingeladen haben, sich zu beteiligen bei zwei zentralen Punkten. So bleibt strittig, ab welcher Schuljahr die zweite Fremdsprache eingeführt werden soll und ob Gymnasien künftig ebenso wie Realschulen und Gesamtschulen an der zweiten Abschlussprüfung nach Klasse 10 teilnehmen müssen.

Das Schulministerium arbeitet am ersten Entwurf zur Form des Schulgesetzes. Dieses soll noch in diesem Jahr in den Landtag eingebracht werden. Die grundsätzliche Rückkehr zu G9, die den allermeisten landesweit rund 630 Gymnasien ist aufwachtend, ist zum Schuljahr 2019/2020 eingekündigt. Der heutige Viertklässlerjahrgang, der dann bereits in die nächste Klasse wechseln soll, soll noch in G9 ansteigen können.

Es gilt als ungewöhnlich, dass Schulministerin Gebauer schon vor Beginn der Gesetzgebungsarbeit alle Beteiligten einbezogen hat. „Schon in dieser Phase ist es mir wichtig, Ihre Sichtweise auf zentrale Themen in diesem laufenden Prozess einzuholen“, heißt es in der Einladung, die unserer Redaktion vorliegt. mk/tobi

Polizei varnt Schützlinge vor Kriminellen

Düsseldorf. Die Polizei rät Schießsport-Vereinen und 17 treibenden Schießständen im Ruhrgebiet, sich Neumitglieder und „Gastschützen“ genau anzusehen, bevor sie ihnen die Gelegenheit zum Waffentragen geben. Doch mehr Polizei stehen haben den Kontakt zu den Schützlingen schon gesucht, auch im Kreis Hückelhagen werden Vereine informiert. Dahinter steht die Sorge, Kriminelle könnten in den Vereinen den Umgang mit Feuerwaffen ben oder eine Berechtigung zum Erwerb von Waffen bekommen. Eine konkreten Anlauf für die Aktion gebe es nicht, sagt Ramona Hörner von der Polizei Hückelhagen. Thomas Hallman vom Sportschützen-Bund NRW sagt: „Fremde haben bei uns keinen Zugang, und das ist in den meisten Vereinen so geregelt.“ mk

Bund fördert 14,4 Prozenten in NRW

Düsseldorf. Der Bund fördert 14,4 Prozent der Professoren für den wissenschaftlichen Nachwuchs in NRW. Sechzehn Universitäten erhalten in den kommenden Jahren knapp 100 Millionen Euro für die Einrichtung der Stellen. Bewilligt wurden die Anträge für die sogenannten Tenure-Track-Professuren der Unis Bielefeld, Bochum, Dortmund, Duisburg-Essen, Düsseldorf und Köln. Mit dem Programm wollen Bund und Länder die Karrierechancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs verbessern. Die Stellen werden bei Erfolg nach sechs Jahren in eine Leberlebensdauer-Professur überführt. CHC